

Arbeitspapier zur Tagung »Ökologischer Umbau der Gesellschaft« der PDS Brandenburg am 14. Juni 1997

Vorbemerkung der Redaktion:

Der Abdruck des vorliegenden Arbeitspapiers ist Resultat einer Vereinbarung zwischen der Redaktion von »UTOPIE kreativ« und der AG Umwelt im PDS-Landesverband Brandenburg. Beide Partner dieser Vereinbarung beschreiten damit Neuland: Die Redaktion leistet einen direkten Beitrag zu einem PDS-inneren Diskussionsprozeß, die Brandenburger PDS nutzt die »UTOPIE kreativ«, um Arbeitspositionen und gegenwärtig erreichte Diskussionsstandorte öffentlich zu machen. »UTOPIE kreativ« ist bereit, die zu erwartende Debatte weiter zu begleiten.

Einleitung

Die Durchführung einer Konferenz des Landesvorstandes der PDS, der PDS-Fraktion im Landtag Brandenburg und des Kommunalpolitischen Forums - Land Brandenburg e.V. zum Thema: »Ökologischer Umbau der Gesellschaft« wurde im Oktober 1996 auf der 4. Tagung des 4. Landesparteitages der PDS in Lauchhammer beschlossen, und auf der 1. Tagung des 5. Landesparteitages der PDS Brandenburg im Februar 1997 wurde im Leitantrag »Opposition konkret 1997« die Zielstellung der Konferenz noch einmal unterstrichen: »Die brandenburgische PDS will ihren Beitrag dazu leisten, die globale ökologische Verantwortung auf lokaler Ebene transparent und politikfähig zu machen. Es geht um die Gewährleistung einer nachhaltigen Entwicklung, insbesondere um den langfristigen Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Das bedingt den ökologischen Umbau des Landes und der Gesamtregion Berlin-Brandenburg als eine immer neu herzustellende notwendige Einheit von ökonomischer, sozialer und ökologischer Entwicklung. Die konzeptionelle Beschäftigung mit Fragen und Problemen des ökologischen Umbaus als Leitidee und Chance für die Entwicklung Brandenburgs muß verstärkt werden. [...] Wir wenden uns gegen Versuche, Umwelt und Mensch, Naturschutz und Arbeitsplätze gegeneinander auszuspielen. Umweltverträgliche Wirtschafts- und Strukturkonzepte müssen der Schaffung von Arbeitsplätzen dienen.« [1]

Unter dem Slogan »Global denken, lokal handeln« gilt es also, gemeinsam mit Verbündeten in anderen Parteien, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und Kirchen sowie mit interessierten Bürgern auf eine nachhaltige Entwicklung im Raum Brandenburg-Berlin hinzuwirken und dabei in möglichst vielen Kommunen

Das Arbeitspapier wurde im Auftrag der AG Umwelt im PDS-Landesverband Brandenburg von Ilse Spahn erarbeitet

Wenn jetzt und im folgenden von »nachhaltig« die Rede ist, ist grundsätzlich das Begriffspaar »nachhaltig/zukunftsfähig« gemeint.

eine lokale AGENDA 21 aufzustellen, zu beschließen und zu realisieren.

Im vorliegenden Arbeitspapier wird der Versuch unternommen, Grundsatzfragen anzureißen, dabei einen knappen Literaturüberblick zu vermitteln und schließlich konkrete Handlungsansätze aufzuzeigen.

Die Organisatoren der Konferenz schlagen folgenden Umgang mit diesem Arbeitspapier vor: Versand mit der Einladung zum ersten Teil der Konferenz am 14. Juni 1997; Erarbeitung einer zweiten Fassung bis zum zweiten Teil der Konferenz 6. September 1997; gleichzeitig Erarbeitung von Arbeitspapieren/Thesen der einzelnen Arbeitsgruppen der Konferenz.

I. Grundsätzliche Probleme und Fragen (Punkte 1-10 nach Böhme)

1. Am Beginn der Konferenz muß die Erörterung von Grundlagen und Grundfragen einschließlich der Situationsanalyse stehen. Vorschläge zu praktischem Handeln müssen sich aus der Erörterung dieser Grundlagen und Grundfragen schlüssig ergeben.

2. Ökologischer Umbau bedeutet: Sich von Anfang an nicht auf eine »rein ökologische« Seite zu beschränken, sondern die Beziehung zur Entwicklung der Gesellschaft (d. h. der Entwicklung der Menschheit) zu beachten.

3. In engerem Sinne ist unter »ökologischem Umbau« eine nachhaltige/zukunftsfähige Entwicklung des Ökosystems verstehen, wobei das »Ökosystem« das Globale Ökosystem mit seinen vielen Teilsystemen umfaßt, die alle Gegenstand der Ökologie als Wissenschaft sind.

4. Eine nachhaltige Entwicklung, die das Ziel des ökologischen Umbaus ist, kann nur als Bestandteil einer nachhaltigen Entwicklung der Erde verstanden werden. Diese nachhaltige Entwicklung umfaßt die ökologische Entwicklung der Natur, von der die Menschheit ein Teil ist. Die Wechselbeziehung der Menschheit mit der Natur beeinflußt und setzt voraus die gesellschaftliche Entwicklung, die zumindest die ökonomische, die soziale und die Entwicklung von Kultur und Bildung einschließt. Dem muß die Politik Rechnung tragen.

5. Über den »ökologischen Umbau« kann man also nur fruchtbar beraten, wenn man die anderen Komponenten einer nachhaltigen Entwicklung einbezieht.

6. Jedes der Felder einer nachhaltigen Entwicklung (also Ökosysteme einerseits und die menschliche Gesellschaft mit wirtschaftlicher Tätigkeit, ihren sozialen Beziehungen und der Entwicklung von Kultur und Bildung andererseits) schließt sehr verschiedenartige, scheinbar nicht im Zusammenhang miteinander stehende Teilgebiete ein wie z. B. das Klimasystem; die Entwicklung der Artenvielfalt; die Entwicklung der Menschenrechte; die globale, regionale und individuelle Sicherheit und vieles andere mehr.

7. Jedes dieser Felder stellt für die Erreichung einer nachhaltigen Gesamtentwicklung auf der Erde bestimmte Forderungen für andere Felder und Teilgebiete. Beispiel: Die Sicherung der Stabilität des Klimasystems stellt Forderungen an die Wirtschaftsentwicklung, u. a. hinsichtlich der Wandlung, der Erschließung und

Nutzung von Energiequellen. (Die Herausarbeitung weiterer solcher feldüberschreitenden Forderungen ist eine aktuelle Arbeitsaufgabe!)

8. Die sich aus den verschiedenen Feldern oder Teilgebieten für eine nachhaltige Entwicklung ergebenden Anforderungen können miteinander verträglich, aber auch widersprüchlich sein. Beispiele von widersprüchlichen Anforderungen aus unterschiedlichen Teilgebieten der verschiedenen Felder sind die Konflikte zwischen Klimaschutz und Sicherung von Arbeitsplätzen im Braunkohlentagebau oder die Forderung nach weitgehendem Ausstieg aus der Chlorchemie und gleichzeitig nach Sicherung von Produktionsstandorten.

9. Für solche unverträglichen Anforderungen müssen im Interesse der Nachhaltigkeit prinzipiell Kompromisse zwischen den übergeordneten Teilgebieten bzw. Feldern gefunden werden.

10. Zu diskutieren ist zum Beispiel:

a) Welche Felder und Teilgebiete bedürfen nachhaltiger Entwicklung?

b) Welche wichtigen Anforderungen ergeben sich aus der Notwendigkeit, die Nachhaltigkeit der Entwicklung auf den einzelnen Feldern und Teilgebieten zu gewährleisten? Wie verhalten sie sich zueinander?

c) Welche wichtigen Anforderungen aus verschiedenen Feldern und Teilgebieten sind widersprüchlich (nicht hinreichend verträglich)?

d) Wie sind die verschiedenen Anforderungen miteinander zu verbinden?

Zu welchen nicht oder kaum verträglichen Anforderungen müssen Kompromisse gefunden werden, und welche Lösungsmöglichkeiten kommen in Frage?

e) Welche Faktoren, Mächte und Interessen stehen der Realisierung der wichtigsten Anforderungen zur Gewährleistung der Nachhaltigkeit auf der Erde entgegen und welche Forderungen sind an die Politik im Sinne ihrer unter 4. genannten vornehmlichen Aufgabe zu stellen?

II. Zu einigen Analysen und globalen und regionalen Lösungsansätzen

11. Die Konferenz über Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCED) hat 1992 in Rio de Janeiro eine umfassende Analyse dieser Probleme vorgenommen und in der AGENDA 21 eine Aufgabenstellung für das 21. Jahrhundert verabschiedet [2].

In der Rio-Deklaration, Grundsatz 3, ist nachhaltige Entwicklung wie folgt definiert:

»Das Recht auf Entwicklung muß so erfüllt werden, daß den Entwicklungs- und Umweltbedürfnissen heutiger und künftiger Generationen in gerechter Weise entsprochen wird.« Nachhaltige Entwicklung hat somit einen intertemporären und einen interregionalen Aspekt. Solidarität zwischen den aufeinanderfolgenden Generationen einerseits und den heute auf der Erde nebeneinanderlebenden Generationen (Nord-Süd- und Ost-West-Problematik) ist gefordert.

12. Zum Stand der Umsetzung der AGENDA 21 verweisen wir insbesondere auf die im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit entstandene Arbeit von

Vorangestellt sind in der AGENDA 21 die sozialen und wirtschaftlichen Dimensionen (Teil I) und in diesem Teil der internationale Handel, die Wirtschaftspolitik in ihrer Bedeutung für die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung besonders betont. Es folgen weiter die Probleme wie Armutsbekämpfung, Bevölkerungsentwicklung, Veränderung der Konsumgewohnheiten, Gesundheits- und Siedlungsentwicklung. Nachdrücklich wird die Integration von Umwelt- und Entwick-

lungszielen in die Entscheidungsfindung von Politik, Planung und Management gefordert.

Im Teil II »Erhaltung und Bewirtschaftung der Ressourcen für die Entwicklung« werden behandelt »Schutz der Erdatmosphäre« – also das Klimaproblem, die Boden-, Wald- und Wasserressourcen. Ebenso sind enthalten die Bewirtschaftung der Ökosysteme, Landwirtschaft, Bergregionen, Bekämpfung von Wüstenbildung und Dürre, Erhaltung der biologischen Vielfalt. Umfassend ist die Abfallproblematik behandelt: Toxische Chemikalien, Entsorgung von Abfällen, insbesondere auch radioaktive Abfälle.

In den Teilen III und IV mit den Titeln: »Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen« und »Möglichkeiten der Umsetzung« wird ausführlich und nachdrücklich auf die notwendige Entwicklung von unten orientiert. Jeder der folgenden Gruppen ist ein gesonderter Abschnitt gewidmet: Frauen, Kinder und Jugend, eingeborene Bevölkerungsgruppen, nichtstaatliche Organisationen – NGO's –, Initiative in den Kommunen – Lokale AGENDA 21 (Kapitel 28), Rolle der Arbeitnehmer und Gewerkschaften (Kapitel 29), Rolle der Privatwirtschaft, Wissenschaft und Technik, Bauern.

Rolf Kreibich (Hrsg.): »Nachhaltige Entwicklung« ([3] - Stand 1994)

Noch nicht ausgewertet ist in diesem Buch der Abschlußbericht zur Enquete-Kommission »Schutz der Erdatmosphäre«, [4] der zu den Gebieten Verkehr und Energie sehr deutliche Minderheitenvoten der von der SPD in diese Enquete-Kommission entsandten Mitglieder enthält. In diesem Minderheitenvotum heißt es: »Unverantwortlich ist, wie wir Reichen zu Lasten der Armen leben. Diese Unverantwortlichkeit wird noch dadurch verschärft, daß wir – und das gilt auch für Deutschland – dies wissen und in Kenntnis der Folgen fast nichts tun, um daran etwas zu ändern. Und vielleicht noch schlimmer ist, daß dieses Nichtstun im wesentlichen auf einem Mangel an Verständigungswillen beruht. Diejenigen, die den energiepolitischen Gegensatz aufrechterhalten und damit die gegenseitige Blockade stabilisieren, kämpfen nicht nur gegeneinander. Vor allem verweigern sie die Verständigung zu Lasten der Dritten Welt und der Nachwelt.« ([4], S. 1393, und [5])

13. Unübersehbar ist die Kluft zwischen der Forderung nach nachhaltiger Entwicklung bzw. ökologischem Umbau auf der einen Seite und Umweltpolitik auf der anderen Seite: Nachhaltigkeit der Entwicklung betrifft alle Bereiche der Wirtschafts- und Lebensweise in der Gesellschaft, während Umweltpolitik und Umwelttechnologie sich bisher vorwiegend mit der Nachsorge, d. h. der Beseitigung von gasförmigen, flüssigen und festen Abfällen der Wirtschafts- und Lebensweise befaßt haben. Es geht bei nachhaltiger Entwicklung um einen grundlegenden Wandel unserer Wirtschafts- und Lebensweise, der bis jetzt noch gar nicht richtig in Angriff genommen wurde.

14. Die Vielfalt der Probleme, der Zeitdruck, sie schnell zu lösen, die Blockadehaltung unserer und anderer Regierungen verleiten dazu, vor diesen Anforderungen zu resignieren. Die Grundsatzkommission der PDS hat im Dezember 1996 ein Papier »Nachhaltige Entwicklung – soziale und politische Konsequenzen« vorgelegt [8]. Darin wird u. a. eingeschätzt (S. 4):

»In der PDS hat die Diskussion zu diesen Problemen erst begonnen. Für die Entwicklung von Politik, Strategie und Programmatik der PDS ist sie unverzichtbar.«

Gemeinsamkeiten zwischen PDS-, SPD- und Bündnis 90/Die Grünen-Positionen machte die erste »Crossover«-Konferenz der drei Zeitschriften »UTOPIE kreativ«, »spw« und »Andere Zeiten« sichtbar. In der Erklärung dieser Crossover-Konferenz wird als Folge der wirtschaftlichen Deregulierungspolitik der letzten fünfzehn Jahre ein »Verschwinden der Politik« festgestellt. Im PDS-Grundsatzkommissionspapier heißt es dazu: »Die parlamentarische SPD-Linke im Bundestag fordert statt perspektivlosem Krisenmanagement <die Ausrichtung der Politik am Ziel der Nachhaltigkeit>. Sie zählt dazu <die Reform des internationalen Finanzsystems, die Reorganisation der nationalen Wertschöpfung, mehr Verteilungsgerechtigkeit bei Vermögen und Einkünften, die Ausweitung der Mitbestimmung und eine aktive Struktur- und Investitionspolitik>. Und bei der Arbeitsmarktpolitik hat die Crossover-Konferenz auf 3 Schwerpunkte orientiert: Verkürzung der Arbeitszeit (ca. Dreißig-Stunden-Woche), doppelte Umverteilung

von oben nach unten und von Männern zu Frauen sowie auf einen ›neuen gemeinwirtschaftlichen Beschäftigungssektor‹, der weder privat noch staatswirtschaftlich organisiert ist.« ([8] S. 9)

Hermann Scheer (SPD) hat weitere Konzepte zum ökologischen Umbau in seinem neuen Buch »Zurück zur Politik« entwickelt. [9] In [8] S. 13 wird dazu betont, daß der Generalnenner des Umbaus nicht die Beseitigung des Marktes, sondern die Überwindung der Dominanz des Profits sein muß. Die PDS hat auf dem Schweriner Parteitag im Januar 1997 konkrete Vorschläge zur Einleitung des ökologischen Umbaus in Deutschland gemacht, insbesondere mit dem Beschluß zur Steuerreform in Punkt II.3. »Ökosteuern und -abgaben.« [10] Veränderungen solcher Art haben andere Mehrheiten im Bundestag zur Voraussetzung.

15. Schon vor der Erreichung solcher anderen Mehrheiten jedoch können Konzepte einer regional-nachhaltigen Entwicklung angegangen werden, wie sie Majer in seinem Artikel »Nachhaltige Entwicklung – vom globalen Konzept zur regionalen Werkstatt« [11] beschreibt. Das sind Überlegungen, die auch für die Ausarbeitung einer »lokalen AGENDA 21« von Bedeutung sind. Deshalb seien sie hier näher betrachtet.

Regional-nachhaltige Entwicklung (RNE) ist Majer zufolge ein Leitbild, das in einem langfristigen Such- und Abstimmungsprozeß erreicht werden soll. Dabei sind die gesellschaftlichen Nutzungsansprüche und die natürlichen Lebensgrundlagen in zeitlicher und räumlicher Dimension so aufeinander abzustimmen, daß interregionale und intertemporale Gerechtigkeit gewährleistet ist. Aus der zeitlichen und räumlichen Dimension ergeben sich wichtige Verteilungsaufgaben. Die eine Region darf sich also nicht auf Kosten anderer Regionen entwickeln, und die Wirtschaftsweise und Lebensstile in der Region sind so zu gestalten, daß auch die kommenden Generationen in dieser Gegend leben können.

Die den Ländern und Kommunen im Rahmen des Föderalismus eingeräumten Spielräume müssen soweit wie möglich ausgenutzt werden, um regional und lokal das Umsteuern zur nachhaltigen/zukunftsfähigen Wirtschafts- und Lebensweise einzuleiten (und das dafür notwendige Umdenken bei Politikern, Wirtschaftlern und Bürgern zu befördern). Regionen im Sinne einer regional-nachhaltigen Entwicklung könnten in der Erörterung die Planungsregionen des Landes Brandenburg sein: Havelland-Fläming; Spreewald-Lausitz; Oderland-Spree; Uckermark-Barnim; Prignitz-Oberhavel.

16. Die Bundesregierung hat 1992 in Rio der AGENDA 21 zugestimmt, und der Bundestag hat im Juni 1994 Deutschland auf die AGENDA 21 verpflichtet. Zur Erfüllung der Verpflichtungen, die bis zum 31.12.1996 datiert war, stellt R. Kreibich fest ([6], S. 7): »Heute, im Jahr 1997, kann es keinen Zweifel geben, daß der Nach-Rio-Prozeß auf lokaler Ebene in Gang gekommen ist. Dazu hat der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) den Stand der Ausarbeitung und Umsetzung in 14 europäischen Ländern dokumentiert. Danach sind in Schweden, Irland und Norwegen fast 100 Prozent der Kommunen in den AGENDA 21-Prozeß einbezogen, in Großbritannien, den Niederlanden und Dänemark sind es schon über 50 Prozent, während die Beteiligung in Frank-

R. Kreibich kommt zu dem Schluß »Unsere heutige Industrie- und Wachstums-gesellschaft ... ist nicht zukunftsfähig.« ([6] S. 2) D. und D. Meadows haben Anfang der neunziger Jahre Modellrechnungen aus den siebziger Jahren wiederholt und in »Die neuen Grenzen des Wachstums« festgestellt, daß uns von Jahr zu Jahr weniger Zeit bleibt, um die erforderlichen Veränderungen erfolgreich zu realisieren. [7]

Majer [11] schreibt zur Erarbeitung einer lokalen AGENDA 21: »Der angemessene Weg muß über einen Suchprozeß führen, der die gesellschaftlichen Nutzungsansprüche (Wirtschaftsweisen und Lebensstile) mit den natürlichen Lebensgrundlagen (Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Ökosysteme) abtimmt.«

Simonis [12] beschreibt diesen Suchprozeß mit einem »Magischen Dreieck« zukunftsfähiger Entwicklung, in dem der Schutz der Ökosphäre, die stabile wirtschaftliche Entwicklung und die gerechte Verteilung der Lebenschancen enthalten sind.

reich, Österreich und Deutschland (= 1,5 Prozent) im August 1996 noch unter 5 Prozent lag. Diese für die Bundesrepublik Deutschland miserable Situation ist wohl weniger den Kommunen als viel mehr der Bundes- und den Landesregierungen anzulasten, die bisher nur wenig getan haben, um den Nach-Rio-Prozeß ins Rollen zu bringen und zu fördern.«

Während Deutschland bei Umwelttechnik – nachsorgender wohlgemerkt! – mit an der Spitze steht, ist es in der Frage der Nachhaltigkeit/Zukunftsfähigkeit eines der Schlußlichter. An Großprojekten hält es dagegen wider alle Vernunft fest! An der Basis aber, in den Städten oder Stadtteilen und Gemeinden, gibt es bereits viele Aktive, die auf eine lokale AGENDA 21 hinwirken oder sie schon beschlossen haben. Dabei kann die AGENDA 21 nicht Sache einer Partei oder des Bürgermeisters einer Stadt sein, es bedarf vielmehr des Zusammenwirkens von Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Verbänden sowie engagierten Bürgern.

17. Für die Energie-, Stoff- und Materialströme gelten auch bei lokalen AGENDA 21 die von der Enquete-Kommission »Schutz des Menschen und der Umwelt« des Deutschen Bundestages [13] festgelegten Kriterien:

(1) Die Abbaurate erneuerbarer Ressourcen soll deren Regenerationsrate nicht überschreiten. Dies entspricht der Forderung nach Aufrechterhaltung der ökologischen Leistungsfähigkeit, d. h. (mindestens) nach Erhaltung des von den Funktionen her definierten ökologischen Realkapitals.

(2) Nicht erneuerbare Ressourcen sollen nur in dem Umfang verwendet werden, in dem ein physisch und funktionell gleichwertiger Ersatz in Form erneuerbarer Ressourcen oder höherer Produktivität der erneuerbaren Ressourcen sowie der nichterneuerbaren Ressourcen geschaffen wird.

(3) Stoffeinträge in die Umwelt sollen sich an der Belastbarkeit der Umweltmedien orientieren, wobei alle Funktionen zu berücksichtigen sind, nicht zuletzt auch die »stille« und empfindlichere Regelungsfunktion.

(4) Das Zeitmaß anthropogener Einträge bzw. Eingriffe in die Umwelt muß im ausgewogenen Verhältnis zum Zeitmaß der für das Reaktionsvermögen der Umwelt relevanten natürlichen Prozesse stehen.

18. Gibt es eine Rang- und Reihenfolge der Faktoren und Kriterien?

In seinem Buch »Sonnenstrategie – Politik ohne Alternative« kommt H. Scheer ([14], S. 15) bei der Betrachtung der zunächst 21 Tagesordnungspunkte der Konferenz, die dann im 800 Seiten umfassenden Abschlußdokument auf 31 Programmpunkte angewachsen sind, zur Schlußfolgerung: »Bei 31 Schwerpunkten gibt es in Wahrheit keinen. ... Wenn alles wichtig ist, bleibt meistens alles liegen«, und er fragt: »Aber wie kommen wir zum richtigen Ansatz?« Danach betrachtet er die AGENDA 21 erneut und stellt fest: »Die wirtschaftlichen Tätigkeiten sind der Kern der gesellschaftlichen Entwicklungen. Der harte Kern der wirtschaftlichen Tätigkeiten wiederum ist der Einsatz verfügbarer Energie. Wer ›Energiepolitik‹ und ›Energiewirtschaft‹ als ein ›single issue‹ – ein Einpunktthema – ansieht, hat die grundlegende Ursache der

Zerstörungsdynamik nicht erkannt und verstanden, und wer sie nicht versteht, kann auch keine Abhilfe schaffen.«

In diesem Sinne sind die in Rio geforderten und von der Enquete-Kommission [4] hervorgehobenen Reduktionsziele bei Kohlendioxid-Emissionen, die eine Energiewende vor allem in den Industrieländern voraussetzen, das Hauptkettenglied für den ökologischen Umbau bzw. die Einleitung einer nachhaltigen Entwicklung.

III. Zur produktivkraftbeschränkenden Bedeutung des Zieles, die Kohlendioxid-Emissionen bis zum Jahre 2050 global um 50 und in den Industrieländern um 80 Prozent zu senken

19. Ziel der weltweiten Reduktionsstrategie ist eine Stabilisierung des Anteils kleiner wirksamer Spurengase in der Atmosphäre entsprechend Artikel 2, Satz 1 der in Rio de Janeiro verabschiedeten Klimarahmenkonvention, und nach Maßgabe des gleichen Artikels 2 soll dieses Ziel bis Mitte nächsten Jahrhunderts verwirklicht werden. Mit ihren Beschlüssen vom 13.6. und 7.11.1990 sowie vom 11.12.1991 hat sich die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, die Kohlendioxid-Emissionen bis zum Jahr 2005 um 25 bis 30 Prozent, bezogen auf das Emissionsvolumen von 1987, zu reduzieren (vgl. [3] S. 78).

20. Das in Rio 1992 gesteckte Ziel und seine Realisierung sind eine existentielle Frage der Menschheit. Die menschliche Gesellschaft muß die Endlichkeit der nichterneuerbaren Ressourcen und Emissionsbegrenzungen zum Schutz der nicht erneuerbaren Ressourcen beachten. Die Menschheit braucht die auf der Erde vorgefundenen Naturbedingungen, muß sich ihnen anpassen.

Umgekehrt braucht die Natur den Menschen nicht, d. h., die Natur setzt sich bei Nichtbeachtung dieser Bedingungen gegen den Menschen durch.

Die Durchsetzung der Rio-Ziele bedeutet für Deutschland, bis 2005 auf ein Viertel und bis 2050 auf mehr als Dreiviertel aller Energien, die wir heute nutzen, zu verzichten bzw. sie durch erneuerbare Energie zu ersetzen. Dazu müssen wir einen grundlegenden Wandel in der Wirtschaftsweise und dem Lebensstil vollziehen.

21. Nachhaltige Entwicklung setzt Grenzen, die auch Beschränkungen der Produktivkräfte sind. Das heißt, im Lebensraum auf der Erde können nicht mehr alle Erfindungen, die sich technisch verwerten lassen, wirklich in die Produktion umgesetzt werden. Das muß als Chance – und nicht als Nachteil! – begriffen werden.

22. In seiner Arbeit »Produktivkraftrevolution – Chancen und Gefahren« [16] benennt Harry Nick vier Gebiete, auf denen es zu einer Revolution sowohl der Produktivkräfte als auch der Destruktivkräfte kommen kann – je nachdem, wie es den Menschen gelingt, die auf gattungsbedrohenden Gefahren zu bannen ([16] S. 2 und 3).

»Die Vorgabe der Klimarahmenkonvention erfordert bis 2050 eine weltweite Kohlendioxid-Emissionsreduktion von ca. 50 Prozent, woran sich die Industrieländer mit 70-80 Prozent sowie die ölproduzierenden Länder mit 60 Prozent beteiligen müssen, wenn den Entwicklungsländern noch ein Nachholebedarf von etwa 30 Prozent eingeräumt werden soll.« [4], S. 175

Mit ihren Beschlüssen vom 13.6. und 7.11.1990 sowie vom 11.12.1991 hat sich die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, die Kohlendioxidemissionen bis zum Jahre 2005 um 25 bis 30 Prozent, bezogen auf das Emissionsvolumen von 1987, zu reduzieren. (Vgl. [3], S. 78)

A. Peters versteht die Produktivität als Bezeichnung für die Arbeits-Ergiebigkeit und ihre Steigerung und stellt diese u.a. in der Synchronoptischen Weltgeschichte für die Jahrhunderte dar. Für das 20. Jahrhundert vermerkt er, »Erdöl, Erdgas, Atomkraft decken den wachsenden Energiebedarf.« [15] Für das 21. Jahrhundert müßte dann stehen: Erneuerbare Energien decken zunehmend den Energiebedarf. Kohle, Erdöl und Erdgas spielen nur noch eine geringere Rolle, auf Atomkraft wird verzichtet.

Nick [16]

(1) zur Atomenergie: »Seit Hiroshima werden die heutige und alle künftigen Generationen damit leben müssen, daß und wie Gattungsmord möglich ist.«

(2) zum Verhältnis Mensch-Natur: »Im Stoffwechselprozeß zwischen Mensch und Natur ist der Mensch an einen Wendepunkt gelangt, hinter welchem Natur nicht mehr wie in der bisherigen Menschheitsgeschichte beliebig zur Verfügung steht. [...] Von nun an wird sich das Wirtschaften immer unter naturgesetzten Grenzbedingungen vollziehen mit ständiger Gefahr von Grenzüberschreitungen.«

(3) zu Makrokosmos und Mikrokosmos: »Der Mensch ist in alle nur möglichen Räume der Wirklichkeit vorgestoßen, in den Kosmos ebenso wie in den Mikrokosmos. Gerade vom Mikrokosmos her hat er die Wege zu dieser Produktivkraftrevolution, zu den tiefgreifenden Veränderungen seiner Existenz- und Lebensbedingungen gefunden. Sowohl zur modernen Informations-

IV. Die Produktivkräfte und die Bedingungen eines ökologischen Umbaus

IV./1 Zur Energieproblematik

23. Wenn in den kommenden Jahrzehnten die erforderlichen Kohlendioxid-Emissionsminderungen erreicht werden sollen, so sind zwei Strategien zugleich erforderlich:

a) Sparen von Energie durch völlig neue Technologien, wie sie Meyer-Abich als »Leitbild der Energiepolitik« darstellt ([4] Abschnitt 4.2.2) oder wie sie anschaulich im Buch »Faktor Vier« [18] geschildert sind;

b) zunehmender Einsatz von erneuerbaren Energien, wie sie von H. Scheer ([8] und [14]) gefordert und von Alt [19] dargestellt worden sind. Nur beide Strategien zugleich – also Verringerung des Energiebedarfs und Einsatz von Solarenergie (Photovoltaik u. a., aber auch von indirekter Solarenergie wie Wind-, Wasserenergie und Verbrennung von Biomasse) – werden die erforderliche grundlegende Veränderung des Energieeinsatzes in Industrie und Haushalten bringen.

24. Dieses Umsteuern wird jedoch bisher durch eine »Blockadehaltung« in Deutschland weitgehend behindert. (Im Minderheitenvotum in der Enquete-Kommission [4] werden Ursachen und Auswege dargestellt.)

25. Ganz entscheidend ist die Analyse von Scheer bezüglich der Energiestruktur, die zu der Schlußfolgerung führt, daß die Solarenergie an dem Ort, an dem sie benötigt wird, gewonnen und verbraucht werden kann. Das bedeutet nicht weniger, als daß künftig die Energieverbraucher unabhängig von Energiefernleitungen und Energiegroßproduzenten sein *könnten!* Das ist die technische Basis für die Stärkung kommunaler Energieunternehmen und für regional und lokal nachhaltige Entwicklungen (lokale AGENDA 21) in den Industrieländern. Das bietet auch Vorteile in den Entwicklungsländern wie etwa Afrika, die selbst mit Hilfe von Nichtregierungsorganisationen (NRO) und ihren Entwicklungsprojekten ihre Energiebasis aufbauen könnten und nicht auf große Energiekonzerne angewiesen wären.

26. Gerade Brandenburg könnte verstärkt die Entwicklung und Produktion von Solarenergietechniken fördern. Das wäre günstig für die Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe in unserem Bundesland und außerdem eine Exportchance. Jedoch verläuft die Entwicklung in Deutschland zur Zeit gegenläufig. Es besteht die Gefahr, daß Japan und die USA diese Zukunftsmärkte erobern und Deutschland zu spät kommt, bzw. zugelassen hat, daß solche Produktion aus Deutschland ins Ausland verlegt (vgl. [21]).

27. Die Gesamtproblematik »Energiepolitik« wurde auf der 1. Energiepolitischen Konferenz der PDS im November 1996 in Hannover erörtert. Grundlage bildete ein Referat von D. Klein »Nachhaltige Entwicklung und Energiewende« [22]. Im Ergebnis der Tagung wurde ein Thesenpapier verabschiedet, in dem u. a. Strategien zum Energiesparen, zum Einsatz regenerativer Energien und zum Ausstieg aus der Atomenergie nachdrücklich gefordert werden.

28. Der Standpunkt der PDS zur Energiepolitik im Lande Brandenburg wurde auf der 4. Tagung des 4. Landesparteitages der PDS

(Oktober 1996 in Lauchhammer) diskutiert und im Leit Antrag »Wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung in der Region Lausitz« [23] dargestellt. Eine Vertiefung dazu ist in der Arbeit von E. Radochla »Energiepolitik und ökologischer Umbau« [24] zu finden.

29. Soll für eine Region/Kommune eine lokale AGENDA 21 aufgestellt werden, so bildet die Energiesituation ebenfalls die Grundlage. Orientiert an den Kohlendioxid-Reduktionszielen muß für die Region die Ausgangslage bezüglich der Emissionen betrachtet werden. Danach sind die Bedürfnisse von Wirtschaft, Haushalt und Verkehr und die eigenen Energieressourcen einander gegenüberzustellen. Daraus ergibt sich für jede Region/Kommune ein ganz typischer Energiemix als Ausgangszustand.

Zum Beispiel: In Dänemark spielen Wind- und Solarenergie eine große Rolle, in Österreich und der Schweiz als Bergländer Wasser- und zunehmend Solarenergie. In Brandenburg müßten es von der Ausgangslage her Braunkohle-, Biomasse-, Wind- und Solarenergie sein. Bequemer war Öl, weshalb es nach der Wende stark genutzt wurde. Aber man muß bedenken, daß Importenergieträger wie Steinkohle, Erdöl, Erdgas an ihren Produktionsorten oft zu Dumpinglöhnen erzeugt und ferner die Transportkosten gar nicht oder nicht vollständig in den Preisen berücksichtigt sind, von der Internalisierung der Umweltschäden bei Produktion und Transport ganz zu schweigen. Solange also die Preise nicht die wahren Kosten widerspiegeln, haben es regenerative Energien und örtlich geförderte Kohle schwer, sich auf dem einheimischen Markt durchzusetzen. Deshalb muß politischer Wille den örtlich möglichen Energiemix unterstützen. Jede Region sollte energetischer Selbstversorger – wenigstens weitgehend – sein können. Von dieser Ausgangslage können dann die Produktionsziele bestimmt und später auch kontrolliert werden.

30. Von entscheidender Bedeutung für die Durchsetzung einer solchen örtlichen Energiepolitik sind die Eigentumsverhältnisse bei den örtlichen Energieversorgungsunternehmen (EVU), das heißt, die Kommunen sollten unbedingt ihr kommunales Eigentum an den EVU behalten, um die Energiepolitik – insbesondere auch Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) und Einspeisung von Überschüssen an Wind- und Solarenergie – in ihrem Sinne beeinflussen zu können. Außerdem haben viele Kommunen Einnahmen aus den EVU, die sie für die Finanzierung eines attraktiven Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) einsetzen könnten.

IV.2. Zur Problematik der nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung

31. Grundlage der Diskussion sollten die Arbeiten zur regional-nachhaltigen Entwicklung (RNE) von Majer [11] und zu Wirtschaftskreisläufen in Land- und Forstwirtschaft, Industrie und Verkehr von Scheer [9] bilden.

Chancen zur Verwirklichung regionaler Wirtschaftskreisläufe ergeben sich politisch aus der Nutzung der Spielräume, die in den Beziehungen Bund-Länder-Kommunen gegeben sind, aber sie ergeben sich auch aus der Eigendynamik, die der Produktivkraftrevolution innewohnt. Darauf weist H. Nick ([16], S. 34) hin: Die

technik wie – durch Entzifferung des Codes der Erbinformationen – zur Veränderung der Lebewesen auf direkt »konstruierendem Wege«, durch direkte Genmanipulation."

(4) zur Übertragbarkeit der Intelligenz auf technische Mittel: »Der Mensch verliert sein wichtigstes Gattungsprivileg, bisher darin bestehend, daß er allein »Intelligenz« besitzt. Funktionen rationalen Handelns, menschlicher Intelligenz werden in allen ihren Komponenten [...] und deren Verknüpfungen auf technische Mittel übertragbar. Diese Produktivkraftrevolution ist vor allem der Beginn massenhafter Technisierung geistiger Arbeit, einer sich beschleunigenden Vervielfachung geistiger Kräfte über die Dimensionen hinaus, die in der Leiblichkeit des Menschen angelegt sind.«

Zum Begriff »Produktivkräfte« (PK) stellt Nick fest ([16] S. 6): »Wobei unter dem Begriff Produktivkräfte – im Marxschen Verständnis – das System der produktiven Kräfte des Menschen, die Gesamtheit der von ihm im Stoffwechselprozeß mit der Natur in Bewegung gesetzten objektiven und subjektiven Faktoren zu dem alleinigen letzten Zweck, die Mittel für seine Existenz zu gewinnen, menschliches Leben zu verbessern, gefaßt werden.«

Die genannten Probleme sind so geartet, daß sich die Veränderungen im Klima und damit in den natürlichen Lebensbedingungen menschlicher Gesellschaft unabhängig vom Willen des Menschen vollziehen. (Vgl. [17]) Da die Prozesse unabhängig vom Willen des Menschen ablaufen, treffen ihre Wirkungen auch alle sozialen Schichten.

Revolution der Produktivkräfte führe auch zu einer Änderung der Wirtschaftsorganisation, und zwar weg von der Massenproduktion (fordistischer und tayloristischer Prägung) hin zu kleinen und mittleren Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten, die flexibel auf neue Anforderungen reagieren könnten. Auch in der Forschung gebe es eine Tendenz zu kleineren, flexibleren Einheiten. Mit all dem gewöhnen auch die Regionen an Bedeutung.

32. Die Behandlung dieser Problematik mit konkretem Bezug zu den Bedingungen in Brandenburg ist für den zweiten Teil der Konferenz am 6. September 1997 in folgenden Arbeitsgruppen vorgesehen: (1) Bereich Energiewirtschaft; (2) produzierendes Gewerbe unter besonderer Beachtung der Bauwirtschaft; (3) Land- und Forstwirtschaft unter besonderer Beachtung des Bodenschutzes und der Probleme der Landnutzung; (4) Bereich Stadtentwicklung und Verkehr; (5) soziale, kulturelle und ethische Aspekte. Untersuchungen dazu in der PDS Brandenburg stammen z.B. von einer Arbeitsgruppe, der R. Christoffers, H. Markov, W. Thiel und L. Kupitz angehörten [25], zum Thema Verkehr von A. Frenzel (»Ansprüche an ein ökologisch-integriertes Verkehrskonzept« [26]) und zur nachhaltigen Stadtentwicklung von A. Tack [27]. Zum Bereich Land- und Forstwirtschaft empfiehlt sich zum Beispiel das Material der PDS-Bundestagsgruppe »Ohne Landwirtschaft keine gesellschaftliche Zukunft« [28].

IV.3. Der Mensch im Arbeitsprozeß

33. Es muß akzeptiert werden, daß Wirtschaft und Handel globalisiert worden sind. Davon kann man höchstens lokale/regionale Wirtschaftskreisläufe zur Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Wohnungen, Dienstleistungen (wie ÖPNV) abkoppeln.

34. Es muß ferner akzeptiert werden, daß die Produktivkräfte so entwickelt worden sind, daß objektiv nicht mehr 100 Prozent der verfügbaren Arbeitskräfte benötigt werden, um die Menschheit zu ernähren, zu kleiden und ihr Wohnungen zu sichern.

Der Teil der in der Produktion tätigen Arbeitskräfte unterliegt den globalen Marktgesetzen. Dementsprechend werden national und international starke Gewerkschaften benötigt, um soziale Mindeststandards zu sichern.

Aus der enorm gestiegenen Arbeitsproduktivität ergibt sich in der Produktion eine weitere Verschiebung im Verhältnis zwischen variablem und konstantem Kapital zugunsten des konstanten Kapitals. Darum sollten die Sozialabgaben der Unternehmen nach der Wertschöpfung berechnet werden. Damit würde der Druck, weitere Arbeitskräfte zu entlassen, sinken (vgl. die Rede von Christa Luft auf dem Schweriner Parteitag der PDS 1997).

Auf dem Schweriner Parteitag sind Beschlüsse zur Beschäftigungspolitik, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur erforderlichen Finanzierung – das heißt zur Steuerpolitik – sowie zur dabei erforderlichen Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften gefaßt worden, die für die sozialen Komponenten des ökologischen Umbaus wesentlich sind ([29], [30], [31]).

35. Der Teil der im erwerbsfähigen Alter befindlichen Menschen, der nicht in der materiellen Produktion benötigt wird, steht

Es existiert für die menschliche Gesellschaft durch die Nutzung der wissenschaftlichen Erkenntnisse über die globalen Probleme die Anforderung, eine Veränderung im Verhalten einzuleiten. (Vgl. [4]) Seit den ersten Warnungen des Club of Rome in den siebziger Jahren sind mehr als zwei Jahrzehnte vergangen. Darauf weisen Meadow und Meadow in ihrem Buch »Die neuen Grenzen des Wachstums« mit Nachdruck hin. [7] Die Zeit, Veränderungen einzuleiten, wird knapp.

objektiv vor der Chance und Notwendigkeit, sich anderen Aufgaben zuzuwenden. Wie kann verhindert werden, daß auch diese Bereiche unter Marktgesetze und »globale Zwänge« (wie: »Standort Deutschland auf dem Weltmarkt behaupten«) gezwungen werden? Es müssen Verteilungsverhältnisse gesichert werden, die ermöglichen, daß dieser Teil der Arbeitskräfte, der nicht in der Produktion benötigt wird, nicht nur Arbeitslosigkeit als Alternative hat. Arbeitslosigkeit zu bezahlen ist teurer als Arbeit zu bezahlen! Es gilt, den öffentlichen Beschäftigungssektor zu sichern und zu entwickeln (vgl. ebenfalls [29] und [30]).

36. Für beide Gruppen von Arbeitnehmern in der Produktion und auch im öffentlichen Beschäftigungssektor muß im Zusammenhang mit dem ökologischen Umbau auch die Sicherung der Sozialsysteme (Krankenversicherung, Rentenversicherung usw.) erörtert werden.

V. Zu demjenigen Teil der Arbeitskräfte, der nicht in der materiellen Produktion gebraucht wird

37. Dieser Teil der Arbeitskräfte kann und muß sinnvolle Beschäftigung in der Bildung, der Wissenschaft, dem Gesundheitswesen, der Kultur, in diversen Dienstleistungen und bei der Heilung der bisherigen Umweltschäden finden.

38. Dieser Teil der Arbeitskräfte muß den internationalen Marktgesetzen entzogen werden. (Darin ist die Chance enthalten, die nationalen Eigenheiten und die nationale Kultur zu pflegen und zu gestalten.)

39. Dieser Teil der Arbeitskräfte ist im öffentlichen Beschäftigungssektor zu beschäftigen, wobei dieser Beschäftigungssektor in jedem der Staaten (auch der EU-Staaten) zu schaffen ist.

40. Den durch die Produktivkraftrevolution gegebenen Chancen dafür, daß nur ein kleinerer Teil der Arbeitskräfte für Essen, Kleiden und Wohnen aller Menschen gebraucht wird und der größere Teil für Kultur, Dienstleistungen, Bildung und Wissenschaft tätig werden könnte, muß man sich schrittweise durch Umverteilung von oben nach unten nähern: durch regionale Wirtschaftskreisläufe, die arbeitsintensiver sind; durch einen öffentlichen Beschäftigungssektor (vgl. [29] und [30]).

41. So steht auch dies mit nachhaltiger Entwicklung im Zusammenhang: Gerade jetzt muß die Solidarität zwischen alten und jungen, noch arbeitenden und arbeitslosen Menschen gestärkt werden. Das geht nur über aktive Beteiligung des einzelnen in Verbänden, Gewerkschaften, Parteien, um zu dem gegenwärtigen »Manchesterkapitalismus« die nötige Gegenmacht zu bilden. Der Aufschwung der Antiatombewegung in jüngster Zeit, aber auch die Aktionen der Gewerkschaft (Juni 1996, Herbst 1996) sind Zeichen eines Aufbruchs.

Es gibt auch Selbsthilfegruppen, die dem einzelnen Betroffenen helfen, aus der Isolierung, dem Gefühl, nicht gebraucht zu werden, herauszukommen. So gibt es Tauschringe, die als Nachbarschaftshilfe in neuer Form fungieren: in Ostsachsen zum Beispiel den »Sebnitz-Taler« und im Leipziger Raum den »Batzen«. Jedes Mitglied leistet die Arbeit, für die es qualifiziert ist – vom Frisieren über Renovieren

»Angesichts der jetzt erkennbaren katastrophalen Folgen von Tschernobyl und der Pflicht zur nahezu zeitlos sicheren Atommüll-Endlagerung stellt sich zweifellos die Frage, ob und wie ein Politiker, ein Techniker oder ein EVU-Vorstand die Risiken der Atomkernenergie weiter verantworten kann.« ([4] S. 1137)

»Um aus dem anthropogenen Treibhauseffekt ein Argument für die Atomenergie ableiten zu können, muß also in jedem Fall von der ... Notwendigkeit einer Risikoabwägung ausgegangen werden. Wir bestreiten beides: Weder macht es Sinn, ein lebensbedrohendes Risiko durch ein anderes zu ersetzen, noch zwingt der drohende Treibhauseffekt zur Risikostreuung. Unsere Kernthese ist: Die Atomkernenergie ist quasi die »Speerspitze« eines »harten« Energiepfades, der bislang sowohl das atomare als auch das Treibhausrisiko verschärft hat. Innerhalb eines großtechnischen, angebotsorientierten Energiesystems mit Atomkernenergie besteht gar nicht die Wahl zwischen mehr oder weniger Risiko, sondern eine systemimmanente Tendenz zur Risikokumulierung. Nicht trotz, sondern wegen eines effektiven Klimaschutzes muß aus der Atomkernenergie ausgestiegen werden.« ([4] S. 1137)

»Maximale technische Stromeffizienz und KWK-Techniken (Gas und Kohle) sind die kurz- und mittelfristigen Übergangstechnologien für eine langfristig weitgehende regenerative Stromerzeugung (Photovoltaik, Wind, Wasser, Biomasse). Bemerkenswert ist dabei: Während die technische Machbarkeit aller Varianten der Atomenergienutzung (LWR, HTR, Brüter, Fusion) offiziell selten hinterfragt und häufig mit gesellschaftlicher Wünschbarkeit gleichgesetzt wird, herrscht hinsichtlich der Realisierungschancen von risikoärmeren Alternativszenarien erstaunliche technologische Kleingläubigkeit.« ([4] S. 1139)

»Kann aber andererseits ein Ausstieg politisch nicht durchgesetzt werden, könnten sich Befürworter und Gegner der Atomenergie solange blockieren, bis Klima- und Atomkrisen gefährlich kumulieren, vor allem zu Lasten der Dritten Welt und späterer Generationen... Ein Ausweg aus diesem Dilemma ist, solange die Atomkernenergie von einer Regierungsmehrheit gefördert wird, nur dadurch möglich, daß Energiepolitiker, EVU und Umweltschützer alles daransetzen, die Frage nach der (Un)vereinbarkeit von Atomkernenergie und Effizienzrevolution durch ein gemeinsam konzipiertes Einsparprogramm praktisch zu beantworten. Beide Seiten brauchen dabei ihre unterschiedlichen Standpunkte ... nicht aufzugeben Das ökonomische und politische Risiko für »beide Seiten« wäre gering, der ökologische Nutzen groß. Die eine Seite riskiert, daß sie sich mit der Unver-

bis zur Betreuung von Kindern – und bekommt für seine Leistung »Batzen« oder »Sebnitz-Taler« gutgeschrieben. Dafür können von ihm benötigte Leistungen in Anspruch genommen werden. In Sebnitz geht diese Hilfe sogar über die Grenzen hinweg.

42. Relativ wenig hört man von Frauen und ökologischem Umbau. Dabei sind Frauen die Hälfte der Menschheit - es muß gesichert werden, daß sie auch zur Hälfte die Entscheidungen bestimmen. Vgl. dazu den Abschnitt »Frauen« in der AGENDA 21 ([2] S. 218), den Beitrag von Ch. Schenk zum Leit Antrag »Feminisierung der Gesellschaft« zum Schweriner Parteitag der PDS [33] und die Broschüre »Zukunft für Frauen« der AG Frauen im Forum Umwelt und Entwicklung [34].

Schlußfolgernd müssen wir uns fragen:

Gibt es Möglichkeiten, eine von Monopolen und Profitdominanz beherrschte Gesellschaft in die Richtung der Nachhaltigkeit zu zwingen?

Was kann dabei Politik?

Was kann dabei »Druck von unten«?

Literaturverzeichnis:

- [1] Beschlüsse des Landesparteitages der PDS Brandenburg: 4. Tagung des 4. Landesparteitages Okt. 1996 Lauchhammer und 1. Tagung des 5. Landesparteitages Febr. 1997 Schöneberg
- [2] AGENDA 21, in: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit »Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro – Dokumente – AGENDA 21«, 285 Seiten, deutsche Übersetzung (o.J.)
- [3] Rolf Kreibich (Hrsg.): Nachhaltige Entwicklung, Leitbild für die Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft. Beltz Verlag 1996, Weinheim und Basel, 224 Seiten
- [4] Enquete-Kommission »Schutz der Erdatmosphäre« des Deutschen Bundestages Hrsg.): »Mehr Zukunft für die Erde«, Schlußbericht, Economica Verlag, Bonn 1995, 1540 Seiten
- [5] Ilse. Spahn: Schlußfolgerungen (in Form von Thesen) aus den Ergebnissen der Enquete-Kommission »Schutz der Erdatmosphäre« und dem »Klimagipfel« März-April 1995 in Berlin, 16 Seiten, unveröffentlichtes Manuskript (bei der Autorin anfordern)
- [6] Rolf Kreibich: Sustainable City – Chance für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung. Vortrag auf der Tagung vom 18.2.97 in Berlin (Tagungsmaterialien)
- [7] Donella und Dennis Meadows, Jorgen Randers: Die neuen Grenzen des Wachstums, ungekürzte Buchgemeinschafts-Lizenz Ausgabe der Bertelsmann Club GmbH, Gütersloh 1992
- [8] Grundsatzkommission der PDS: Nachhaltige Entwicklung – soziale und politische Konsequenzen, Berlin, Dezember 1996
- [9] Herrmann Scheer: Zurück zur Politik, Piper Verlag München/Zürich 1995
- [10] PDS-Positionen für eine soziale und ökologische Reform von Steuern und Abgaben (Beschluß, Schweriner Parteitag), in: Disput-Pressedienst 1/97, Seite 50
- [11] H. Majer: Nachhaltige Entwicklung – vom globalen Konzept zur regionalen Werkstatt, in: WSI-Mitteilungen 4/1995, Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung, S. 220-230
- [12] U. E. Simonis: Schumpetersche Botschaft und Rio-Imperativ, in: Grünstift, 11/12 1996 (»Grünstift-Extra«)
- [13] Enquete-Kommission Schutz des Menschen und der Umwelt – Bewertungskriterien für umweltverträgliche Stoffkreisläufe ... (1994 b); Die Industriegesellschaft gestalten – Perspektiven für einen nachhaltigen Umgang mit Stoff- und Materialströmen, in: Deutscher Bundestag BT-Drs. 12/8260, 12.07.1994, 362 S.

[14] Herrmann Scheer: Sonnenstrategie – Politik ohne Alternative, Bertelsmann Club, R. Piper GmbH, München 1993

[15] Arno Peters: Synchronoptische Weltgeschichte, Universum Verlag München

[16] Harry Nick: Produktivkraftrevolution – Chancen und Gefahren, Reihe »Controvers« der PDS, 1995

[17] W. Böhme: Stand der Kenntnisse zu den Fragen der Klimaänderung unter Berücksichtigung der zunehmenden Bedeutung des antropogenen Einflusses auf das Klimasystem, AG Umwelt Brandenburg der PDS, Okt. 1996 (unveröffentlichtes Manuskript)

[18] E. U. v. Weizsäcker u. a.: Faktor Vier, Bertelsmann Club 1995

[19] F. Alt: Die Sonne schickt uns keine Rechnung. Die Energiewende ist möglich

[20] Gerhard Poppei: Finger weg von der Energie der Atome, in: Neues Deutschland vom 6.1.97, S. 12

[21] Herrmann Scheer: Zukunftsmarkt Solartechnologie: Die Herausforderung Europas durch Japan und die USA, in: Solarzeitalter, 8. Jahrgang 1996, Heft 3, Seite 1

[22] Dieter Klein: Nachhaltige Entwicklung und Energiewende. Beiträge zur Wirtschaftspolitik 4/96, Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftspolitik beim Parteivorstand der PDS

[23] Leit Antrag »Wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung in der Region Lausitz« zur 4. Tagung des 4. Landesparteitages der PDS Brandenburg, Okt. 1996 Lauchhammer

[24] Edeltraud Radochla: Energiepolitik und ökologischer Umbau. Diskussionsbeiträge zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik (hrsgg. von der PDS-Fraktion im Landtag Brandenburg), Februar. 1997

[25] R. Christoffers, H. Markov, W. Thiel, L. Kupitz: Überlegungen zur Gestaltung eines Stabilitäts- und Konsolidierungsrahmens für das Land Brandenburg

[26] A. Frenzel: Ansprüche an ein ökologisch-integriertes Verkehrskonzept (hrsgg. im Auftrag der PDS-Fraktion im Landtag Brandenburg), Dez. 1996

[27] Ohne Landwirtschaft keine gesellschaftliche Zukunft, in: Opposition konkret, PDS im Bundestag

[28] Anita Tack: Leitlinien zur nachhaltigen Stadtentwicklung (Antrag der PDS-Fraktion in der Debatte des Landtags Brandenburg am 19.3.1997)

[29] Vorschläge zur Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau. Beschlüsse der 1. Tagung des 5. Parteitages der PDS (Schwerin 1997), in: Disput-Pressedienst 1/97 (S. 44-49)

[30] PDS-Positionen für eine soziale und ökologische Reform von Steuern und Abgaben. Beschlüsse der 1. Tagung des 5. Parteitages der PDS (Schwerin 1997), in: Disput-Pressedienst 1/97 (S. 50-54)

[31] Gewerkschaften und PDS. Beschlüsse der 1. Tagung des 5. Parteitages der PDS (Schwerin 1997), in: Disput-Pressedienst 1/97 (S. 55-56)

[32] Blechen mit dem »Sebnitz-Taler«, in: Neues Deutschland vom 24.10.96, S. 3

[33] Feministische Politik für eine demokratische emanzipierte Gesellschaft. Beschluß der 1. Tagung des 5. Parteitages der PDS (Schwerin 1997), Disput 1/97 S. 19-22 u. 25- 27

[34] Zukunftsfähiges Deutschland. Zukunft für Frauen? Memorandum der AG Frauen im Forum Umwelt und Entwicklung

einbarkeit von Atomenergie und Sparen geirrt hat. Das Risiko der anderen Seite läge darin, daß der empirische Beweis vorliegen könnte, daß die Atomkernenergie durch risikofreiere Alternativen ersetzt werden kann. In ökonomischer Hinsicht wäre dieses Ergebnis nicht zum Schaden der Energieversorger. Denn die Märkte für NEGA-Watt und risikoärmere Angebotsalternativen sind weltweite Zukunftsmärkte. ... Antizipieren die bisherigen reinen Energieanbieter den zukünftig verschärften Substitutionswettbewerb von Energie durch Kapital und ihren Langfristplanungen, und nutzen sie ihren großen und kommerziell anwendbaren know-how-Vorsprung, dann können sie als Energiedienstleistungsunternehmen (EDU) mit NEGA-Watt-Marketing gutes und klimaverträgliches Geld verdienen.« ([4] S. 1152 und 1153)